

The end of the world as we know it?

Was ein Präsident Trump für die Welt bedeuten kann

SEBASTIAN SCHUBLACH

Abteilungsleitung Internationale Politik

Dr.-Karl-Renner-Institut

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- President-elect Donald Trump hat im Wahlkampf politische Positionen mehrmals fundamental geändert. Dennoch lassen sich einige rote Fäden erkennen.
- Wirtschaftspolitisch kündigt Trump ein massives Infrastrukturprogramm, eine protektionistische Handelspolitik sowie die Deregulierung extraktiver Industrien (speziell Öl und Kohle) und energieintensiver Wirtschaftszweige an. Zudem soll der Dodd-Frank Act, die zentrale Reform des Finanzmarktrechts nach Ausbruch der Krise 2007, aufgekündigt und somit der Banken- und Finanzsektor liberalisiert werden.
- Außenpolitisch steht Trump für eine Ablehnung der „international liberal order“, also multilateraler Abkommen, Freihandel und globaler Institutionen. Außenpolitik ist für ihn ein Mittel zur Durchsetzung eng definierter (wirtschaftlicher) Interessen. Aus Abkommen, die seiner Einschätzung nach diesen Interessen nicht entsprechen – wie etwa der Weltklimavertrag – sollen sich die USA zurückziehen. Anstelle multilateraler Verträge soll auf bilaterale „Deals“ gesetzt werden.
- Der weitere Rückzug der USA von der Weltbühne stellt die globale und europäische Sicherheitsarchitektur vor Herausforderungen. Europa muss mehr denn je gemeinsame, fortschrittliche Positionen und Politiken in den Bereichen Sicherheit, Migration, Wirtschaft, Umwelt und Außenpolitik entwickeln und geeint vertreten; und, wenn nötig, neue Bündnisse schmieden und seine Außenbeziehungen auf eine breitere Basis stellen.

*Im US-Wahlkampf war nur eines vorhersehbar: die Unberechenbarkeit Donald Trumps. Seit Bekanntwerden seiner Kandidatur im Juni 2015 vollzog er **141 Positionswechsel in 23 Themenfeldern**. Seit 1987 wechselte er fünfmal seine politische Partei. Weder gibt es ein konsistentes politisches Wahlprogramm, noch ist es möglich, ein solches aus Trumps Aussagen abzuleiten. Dennoch lohnt sich ein „educated guess“, was uns erwarten kann.*

„America first“

Gerade zu Beginn seiner Präsidentschaft wird der Fokus auf Innen- und Wirtschaftspolitik liegen. Trump hat mehrfach ein **Investitionsprogramm** in der Höhe von einer Billion Dollar angekündigt, das – in Anlehnung an den New Deal von Franklin D. Roosevelt – durch den Ausbau und die Erneuerung der US-Infrastruktur die Binnenkonjunktur beleben und Arbeitsplätze schaffen soll. Weitere Jobs sollen durch eine **protektionistische Handelspolitik** wieder in die USA (zurück)geholt werden – siehe etwa die Ankündigung Trumps, Apple dazu zwingen zu wollen, iPhones künftig nicht mehr in China, sondern im Inland herstellen zu lassen. Ähnliches gilt für die Autoindustrie. Weit oben auf der Agenda: die Förderung bzw. **Deregulierung extraktiver Industrien (speziell Öl und Kohle) und energieintensiver Wirtschaftszweige**.

Auch wenn detaillierte Pläne fehlen: Trump geht somit mit seiner „America First“-Strategie auf eine industriepolitische Reise in die kohlenstoffbasierte Vergangenheit – gepaart mit einer de facto Abschaffung der Umweltbehörde EPA – und auf Konfrontationskurs mit wichtigen Handelspartnern wie China und Mexiko. Eine amerikanische Abschottungspolitik hätte massive Auswirkungen auf globale Produktions- und Wertschöpfungsketten, den Welthandel an sich und die Rolle der USA als Finanzhegemon. Ein Blick auf die Aktienbörse zeichnet die Erwartungshaltungen nach: die Kurse der Finanz-, Bau-, Pharma-, Öl-/Kohle- und Rüstungsindustrie schnellen nach oben, die IT-Riesen aus dem Silicon-Valley verlieren an Wert. Die langfristigen Beschäftigungseffekte dieser Politik sind umstritten.

Ein aktuelles, von CNN veröffentlichtes Papier skizziert die ersten 200 Tage der Amtszeit: das nordamerikanische **NAFTA soll neu verhandelt, das transatlantische TTIP und das transpazifische TPP gestoppt** und „unfaire Handelspraktiken“ beendet werden. Anstelle multilateraler Verträge soll auf bilaterale „Deals“ gesetzt werden. Weiters hat Trump das Ende des Dodd-Frank Acts, also der zentralen Reform des Finanzmarktrechts nach Ausbruch der Krise 2007, und somit eine **Deregulierung des Banken- und Finanzsektors angekündigt**.

„I consult myself on foreign policy“

Bei allen Kursänderungen ist Trump manchen Ansichten stets treu geblieben: **der Ablehnung der „international liberal order“, also multilateraler Abkommen, Freihandel und globaler Institutionen**. In kaum einem anderen Politikfeld ist die Machtfülle des US-Präsidenten größer als in der Außenpolitik,

der Einfluss des Kongresses ist – bis etwa auf die Ratifizierung internationaler Verträge und Budgetfragen – relativ gering. Was kann das für unterschiedliche Weltregionen bedeuten?

Europa

Trumps Nähe zu Putin sowie seine abschätzigen Äußerungen über die NATO und die europäischen Verbündeten führten unweigerlich zur Frage, ob das Grundprinzip der Beistandspflicht unter NATO-Mitgliedern weiter Bestand haben wird und wie die **Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur** aussehen kann. Auch wenn ein totaler NATO-Ausstieg der USA realpolitisch schwer durchzusetzen wäre und nach jüngsten Aussagen von Obama auch nicht angestrebt wird, werden die transatlantischen Beziehungen auf eine harte Probe gestellt. Als ersten europäischen Politiker hat Trump übrigens einen bekennenden EU-Skeptiker empfangen: Nigel Farage.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, kann sich das amerikanisch-russische Verhältnis auch rasch wieder abkühlen.

Naher Osten und arabischer Raum

Seine Strategie gegen den IS? „I would bomb the sh** out of them“; das Atomabkommen mit dem Iran? „The stupidest deal of all time“. Aussagen wie diese lassen die Grundzüge von Trumps Nahost-Politik erahnen. Es ist dennoch davon auszugehen, dass die von Barack Obama begonnene Politik der **Reduktion militärischer Präsenz** fortgeführt wird. Trump zufolge sollen die USA die Unterstützung der Rebellen in Syrien einstellen, sich auf den Kampf gegen den IS konzentrieren und versuchen, eine Einigung mit Russland erzielen. Es ist nicht vorauszusehen, welche Folgen ein gemeinsames russisch-amerikanisches Vorgehen für Konflikte in Syrien und im Irak haben wird.

Einige Bündnisländer, allen voran Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien, haben Sorge, dass sich die USA aus der Region zurückziehen könnten – immerhin fließen jährlich viele Milliarden in Form militärischer Unterstützung. Trump verlangt auch von diesen Partnern mehr Eigenverantwortung. Die **antiislamischen Wahlkampfnarrative** und die (mittlerweile aufgeweichte) Ankündigung, keine Muslime mehr in die USA einreisen zu lassen, können die Beziehungen zu den Ländern der Region nachhaltig belasten. Eine Kritik an massenhaften Menschenrechtsverletzungen ist von Trump nicht zu erwarten, immerhin selbst Befürworter von Foltermethoden wie Waterboarding „or worse“.

Trump sieht in Israel den wichtigsten Alliierten in der Region und will, dass die USA eine „neutrale“ Position in etwaigen Friedensgesprächen mit Palästina einnehmen. Er hat zudem angekündigt, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die US-Botschaft von Tel Aviv dorthin zu verlegen. Den israelischen Siedlungsbau in besetzten Gebieten betrachtet er nicht als Hindernis auf dem Weg zu Frieden, was die USA aus palästinensischer Sicht noch weniger als „honest broker“ erscheinen lassen.

Asien

Seine zahlreichen China-Sager lassen eine gewisse Obsession mit der Volksrepublik erahnen (Youtube: Trump China). Die angekündigte Rückverlagerung von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie

und die Absicht, die Einstufung Chinas als „Währungsmanipulator“ zu verfolgen sowie Strafzölle prüfen zu lassen, deuten auf eine **baldige Konfrontation** hin. Ein regelrechter Handelskrieg ist nicht auszuschließen.

Die US-Verbündeten Japan und Südkorea fordert Trump ebenfalls auf, mehr für die nationale Sicherheit zu tun – zum Beispiel, indem sie eigene Nuklearwaffen entwickeln. Gleichzeitig hat Trump die Administration Obamas scharf kritisiert, Partner wie die Philippinen bei (Grenz-)Konflikten mit China nicht genug zu unterstützen. Gerade in dieser geopolitisch wichtigen und heiklen Region ist unklar, was Trump plant und ob an Obamas „Pivot to Asia“ festgehalten wird.

Lateinamerika

Auffallend wenig öffentliche Aufmerksamkeit hat Trump Lateinamerika geschenkt – abgesehen vom angekündigten Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, der Deportation illegaler MigrantInnen sowie der Kritik an NAFTA. Ein US-Protektionismus hätte für einzelne Länder, allen voran Exportstaaten wie Mexiko und Brasilien, gravierende Folgen. Eine **Fortführung der Entspannungspolitik gegenüber Kuba ist fraglich**: zum einen hat Trump angekündigt, Obamas „Executive Orders“ zurückzunehmen, zum anderen gibt es handfeste amerikanische Wirtschaftsinteressen, die eine hohe Widerstandskraft gegen eine Totalumkehr entwickeln können.

Afrika

Trump hat jeden Penny, der nach Afrika fließt, als „gestohlen“ bezeichnet. 2014 hat er Obama für den Einsatz gegen Ebola heftig kritisiert. Insbesondere könnten ostafrikanische Länder von einer Reduktion der USAID-Zahlungen betroffen sein – Staaten, die eine wichtige Rolle in der **Terrorismus-Bekämpfung und für die regionale Stabilität** einnehmen. Es deutet wenig darauf hin, dass Afrika eine der Prioritäten der Präsidentschaft wird. Negativ könnte sich eine strengere Einwanderungspolitik auswirken, die geringere Rücküberweisungen (finanzielle Transaktionen) in die Herkunftsländer bedeutet.

„When somebody challenges you, fight back. Be brutal, be tough.“

Bei allen Gegensätzen und Widersprüchen gibt es rote Fäden in Trumps außenpolitischen Äußerungen: er zeigt Sympathien für Autokratien, ist überzeugt, dass Amerika von seinen Verbündeten und Handelspartnern ausgenutzt wird, tritt folglich für eine isolationistische, revisionistische und protektionistische Politik ein und sieht **Außenpolitik als Mittel zur Durchsetzung eng definierter (wirtschaftlicher) Interessen**. Gegenwärtig kursieren drei Namen für das Außenministerium: Newt Gingrich, ehemaliger Sprecher des Repräsentantenhauses und Rechtsaußen, John Bolton, UN-Botschafter unter George W. Bush und Unilaterist, und Rudy Giuliani, ehemaliger Bürgermeister von New York und Falke, also Befürworter militärischer Interventionen. Jeder dieser Kandidaten wäre eine Herausforderung für Amerikas Verbündete.

Auch wenn ein Präsident Trump mit einer Mehrheit im Kongress, im Senat und im Obersten Gericht theoretisch eine immense Machtfülle hat, wird er in der politischen Wirklichkeit ankommen und unterschiedliche Flügel und (Wirtschafts-)Interessen in der republikanischen Partei berücksichtigen müssen. Trump ist eine außenpolitische Blackbox und sehr unerfahren. Er hat in seinem Wahlkampf wenig Rücksicht auf Konventionen, Regeln und diplomatische Gepflogenheiten genommen. Und es deutet wenig darauf hin, dass er nun – am Ziel angekommen – an diesem Stil etwas ändert. Nichtsdestotrotz bleibt Trump ein Außenseiter, der ohne eigene Machtbasis in das Weiße Haus einzieht und dem ein **gut organisiertes und starkes republikanisches Außenpolitik-Establishment** à la John McCain gegenübersteht.

Oft und deutlich geäußert wurde das Ziel eines schnellen **Ausstiegs der USA aus dem Weltklimavertrag**. Trumps Einschätzung des Klimawandels im O-Ton: “The concept of global warming was created by and for the Chinese in order to make U.S. manufacturing non-competitive.” Eine Abkehr der USA vom Klimaschutz würde einen Dominoeffekt auslösen, Länder wie China und Indien hätten wenige Anreize, ihre Emission einseitig zu begrenzen. Die globalen Auswirkungen wären katastrophal.

Es wird zu einer Verschiebung der Koordinaten des amerikanischen Allianzsystems kommen, zu größerer Unvorhersehbarkeit und Unordnung, zu mehr Unilateralismus und mehr Instabilität, auch durch die geplante Deregulierung der Finanzmärkte. Möglicherweise erleben wir bald neue oder wiederaufflammende Konflikte (siehe Iran, China).

Was tun? Europa muss mehr denn je **gemeinsame, fortschrittliche Positionen und Politiken in den Bereichen Sicherheit, Migration, Wirtschaft, Umwelt und Außenpolitik entwickeln** und geeint vertreten; und, wenn nötig, neue Bündnisse schmieden und seine Außenbeziehungen auf eine breitere Basis stellen. Nur wenn Europa sich in eine Position der Stärke bringt, wird es von der neuen US-Administration unter Donald Trump ernst genommen.

Weiterführende Links:

<http://www.nbcnews.com/politics/2016-election/full-list-donald-trump-s-rapidly-changing-policy-positions-n547801>

<https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2016/11/14/four-scenarios-for-a-trump-presidency/>

<http://carnegieendowment.org/2016/11/11/u.s.-allies-and-rivals-digest-trump-s-victory-pub-65117>

<http://www.newyorker.com/magazine/2016/10/03/a-new-Cuba>

<http://www.hsfk.de/news/us-wahlen/>

https://en.wikipedia.org/wiki/Political_positions_of_Donald_Trump#In_his_own_words

https://www.youtube.com/watch?v=RDrfE9I8_hs